

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidl
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Rudolf Scharping unterstützt
namens der SPD die gemein-
same Denkschrift der Kirchen
zur Sozialstaatlichkeit.

Seite 1

Liesel Hartenstein MdB sieht
mit der Berufung der unerfah-
renen Angela Merkel zur Bun-
desumweltministerin die öko-
logische Erneuerung auf dem
Abstellgleis.

Seite 2

Oskar Lafontaine begründet
die Forderung der SPD nach
Beibehaltung einer unbefri-
steten Arbeitslosenhilfe.

Seite 3

49. Jahrgang / 223

23. November 1994

Unmißverständliches Signal an die Bundesregierung Zu dem "Gemeinsamen Wort der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland

Von Rudolf Scharping
SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender

In ihrem jetzt auch offiziell vorgestellten "Gemeinsamen Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland" weisen die beiden großen Kirchen eindringlich auf die Gefahr zunehmender Spaltung unserer Gesellschaft hin und kritisieren zu Recht, daß gegenwärtig erreichte Standards der Sozialstaatlichkeit und damit der Humanität unserer Gesellschaft auf dem Spiele stehen. Der Verweis der Kirchen auf die Aufgabe der Politik, das Zusammenspiel von Wirtschaft, Arbeitswelt und sozialer Sicherung verantwortlich zu gestalten, ist ein unmißverständliches Signal an die Adresse der Bundesregierung. Die soziale Marktwirtschaft ist nicht aus sich selbst heraus sozial, sondern dieses Ziel kann nur durch politische Gestaltung erreicht werden. Um die ihrer Auffassung nach dringend notwendige Zusammenschau der Entwicklungen und Herausforderungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik voranzubringen, laden die Kirchen zur breiten Diskussion über ihre Grundsatzklärung ein, an der sich die SPD mit eigenen Beiträgen beteiligen wird.

Wir unterstützen die Auffassung der Kirchen, daß die Konjunkturbelebung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen muß und begrüßen, daß die Kirchen ein Ende "mancher groben Rücksichtslosigkeit, die wir uns gegenüber der Institution der Familie leisten" fordern. Die SPD wird die Diskussion mit den Kirchen über ihre Vorstellungen einer Korrektur der sozialen Sicherung, die sich am Leitbild der "aktiven Gesellschaft" orientieren, in der Eigenhilfe und Solidarhilfe neu auszubalancieren sind, mit Engagement führen. Wir teilen die Aufforderung, der Ausgrenzung und Nichtbeachtung derjenigen entgegenzutreten, die im Prozeß des Wandels nicht mithalten können und deshalb "zu den Armen unserer Zeit werden".

Wir danken den Kirchen, daß sie mit ihrem "Gemeinsamen Wort" den gesellschaftlichen Diskurs über zentrale Fragen unserer Zeit aufgegriffen haben und voranbringen. Die Diskussion über dieses Papier in den Gemeinden und Institutionen der Kirchen und darüber hinaus wird das Bewußtsein für die Notwendigkeit von Solidarität in dieser Gesellschaft schärfen. Die SPD wird sich daran gerne beteiligen.

(-/23. November 1994/ru/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 inkl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Veranstaltet durch
den Sozialdemokratischen
Pressedienst



Die Zukunft nicht im Visier - Umweltpolitik auf dem Abstellgleis
Zur Kabinettsbesetzung der Regierung Kohl

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Angeblich will die neue Kohl-Regierung die Bundesrepublik Deutschland "fit machen" für das nächste Jahrtausend - so steht es jedenfalls in gespreizten Formeln im Koalitionspapier. Zu diesem Zweck wurde eigens ein "Zukunftsministerium" gezimmert und dafür ein neuer Minister berufen. Schaut man sich jedoch die tatsächliche Gewichtung in diesem neuem Kabinett an, dann sinkt der aufgeblähte Zukunftsanspruch rasch in sich zusammen. Übrig bleibt ein Schumpfergerüst, das kaum der Gegenwart standhält und noch viel weniger auf die Herausforderungen einer problemgeladenen Zukunft eingerichtet ist. Am deutlichsten läßt sich die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit an den Verschiebeaktionen ablesen, die Kohl auf seinem Kabinettschachbrett im Umweltbereich vorgenommen hat.

Einerseits sollen Bildung und Wissenschaft mit Forschung und Technologie in einer Hand gebündelt und damit in ihrer Bedeutung gestärkt werden - im Prinzip ein richtiger Ansatz. Andererseits findet sich jedoch weit abgeschlagen das Umweltressort wieder; es wird zudem mit einer Nichtfachfrau, der bisherigen Frauenministerin Angela Merkel, besetzt. Diese Kanzlerentscheidung spricht Bände, sie ist fatal; beileibe kein bloßes Mißmanagement, sondern Ausdruck einer kurzsichtigen Politik. Sie bedeutet im Klartext:

1. die Umweltpolitik wird aufs Abstellgleis geschoben; der unbequeme, vorwärtsdrängende Minister Töpfer mußte deshalb weg
2. einer ökologischen Ausrichtung der Zukunftsbereiche Forschung, Wissenschaft, Technologie wird eine klare Absage erteilt
3. die große Reformarbeit der Zusammenführung ökonomischer und ökologischer, sozialer und finanzieller Problemlösungen wird von diesem Bundeskanzler noch nicht einmal in Umrissen erkannt, geschweige denn in Angriff genommen. Wer Zukunft gestalten will, darf zusammenhängende Politikfelder nicht nur nicht auseinanderreißen, sondern er muß sie bewußt verknüpfen. Das bedeutet, er muß ein Konzept entwickeln, in dem die Ökologie ein integraler Bestandteil der Ökonomie ist. Davon ist Kohl weit entfernt.

Mit der Abschiebung des langjährigen Bundesumweltministers Töpfer ins Bauministerium verliert diese Regierung nicht nur einen Fachmann, der wegen seiner hohen Kompetenz allgemeine Achtung genießt, sondern Deutschland fällt auch auf dem internationalen Parkett zurück. Schließlich steht Töpfer als Vorsitzender der UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung in der Pflicht, die Beschlüsse der Umweltkonferenz von Rio umzusetzen. Im März 95 beginnt die erste Folgekonferenz von Rio in Berlin. Angela Merkel und der Klimaschutz? Das ist, zumindest vorläufig, ein Buch mit sieben Siegeln.

Mit leichthändigem, höchst vordergründigem Personalpoker wird es nicht gelingen, begehbare Brücken in das unwegsame Gelände der Zukunft zu schlagen. Im Gegenteil: das Risiko ist groß, daß sich Kohls Truppe schnell im Gestrüpp verfängt.

Deutschlands Zukunft darf nicht von machttaktischen Spielchen abhängen, sie braucht ein weit-sichtiges Konzept und entschlossenes Handeln. Dazu ist diese Regierung nicht in der Lage.

(-/23. November 1994/ru/ks)

Der Bundeskanzler sollte auf Befristung der Arbeitslosenhilfe verzichten

Von Oskar Lafontaine
Ministerpräsident des Saarlandes

Rede auf dem Unternehmertag '94 des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels e.V. in der Stadthalle in Bonn-Bad-Godesberg.

Sie haben diesen Unternehmertag unter das Motto gestellt: "Mit Selbstvertrauen in die Zukunft". Ich denke, das ist ein gutes Motto - und zwar nicht nur für den Groß- und Außenhandel, sondern für die gesamte deutsche Wirtschaft. Unser Land ist ein hervorragender Wirtschaftsstandort. Ich habe immer davor gewarnt, diesen Standort Deutschland herunterzureden. Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, daß sich die Welt um uns herum in einem atemberaubenden Tempo verändert hat und weiter verändert. Deshalb bedarf es auch immer wieder neuer Anstrengungen, die Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsfähigkeit des Standorts Deutschland zu stärken. In einer Marktwirtschaft sind in erster Linie die Unternehmen selbst gefordert, auf die Veränderungen der Weltwirtschaft zu reagieren und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Die Politik ist aber aufgerufen, ihren eigenen Part zu spielen. Ich will deshalb einige Aufgaben ansprechen, die jetzt von der Wirtschafts- und Finanzpolitik in Angriff genommen müssen, wenn der Standort Deutschland dauerhaft gesichert werden soll.

Strukturprobleme bleiben

Die Konjunkturdaten zeigen: Die deutsche Wirtschaft hat die tiefste Rezession der Nachkriegszeit überwunden. Ausgehend vom Export ist die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland wieder aufwärts gerichtet. Unter dem Druck der Rezession haben die Unternehmen energische Anstrengungen unternommen, um ihre Produktivität zu steigern und die Kosten zu senken. Die Gewinnerwartungen haben sich deutlich verbessert. Mit moderaten Tarifabschlüssen haben auch die Gewerkschaften ihren Beitrag geleistet. Die Frage lautet aber: Sind damit jetzt schon alle Voraussetzungen dafür geschaffen, daß aus der konjunkturellen Erholung ein sich selbst tragender Aufschwung auf breiter Front wird? Das Herbstgutachten der sechs Wirtschaftsforschungsinstitute und das neue Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geben auf diese Frage eine klare Antwort. Übereinstimmend stellen sie fest: Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wird nach wie vor durch gravierende strukturelle Probleme belastet.

Tatsache ist: Die Wachstumsdynamik ist zu schwach, um das politische Problem Nummer 1, die hohe Arbeitslosigkeit, zu überwinden. Nach der Prognose des Sachverständigenrates wird die Summe aus offener und verdeckter Arbeitslosigkeit am Jahresende immer noch bei 5,3 Millionen Personen liegen. Trotz fortschreitender wirtschaftlicher Erholung wird die Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr nur wenig sinken. Deshalb schreiben die fünf Weisen in ihrem Gutachten: "Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt besorgniserregend. Sie stellt die größte Herausforderung für die Wirtschaftspolitik dar". In der Tat: Diese Arbeitslosigkeit belastet unsere Volkswirtschaft mit jährlichen Kosten in dreistelliger Milliardenhöhe. Arbeitslosigkeit bedeutet, daß die wichtigste Ressource unseres Landes, das Humankapital, also die Qualifikation und die Leistungsbereitschaft der Menschen, nicht so genutzt wird, wie das zur Verbesserung von Wachstum und Wohlstand möglich und nötig wäre. Und es kann auch kein Zweifel daran bestehen: Arbeitslosigkeit ist ein gefährlicher Nährboden für zunehmende Gewalt und steigende Kriminalität. Und schließlich warnen die fünf Wirtschaftsweisen auch zu recht davor, daß die Verfestigung der Arbeitslosigkeit und die damit einhergehenden sozialen Spannungen dazu führen können, daß der soziale Konsens in unserem Land zerbricht. Deshalb müssen wir alle gemeinsam, Wirtschaft und Politik, alle Anstrengungen unternehmen, um die Arbeitslosigkeit so schnell wie möglich zurückzuführen.

100 Milliarden DM Zinsen pro Jahr

Ein zweites Problem, das Anlaß zu größter Sorge giebt, ist die Lage der Staatsfinanzen: In den letzten zwölf Jahren hat sich die Verschuldung des Staates verdreifacht. Dabei sind allein die Bundesschulden um über eine Billion DM gestiegen.

Nach Berechnungen der Bundesregierung geht das Defizit des Bundes der Jahre 1991 bis 1994 nur zu etwa einem Viertel auf die deutsche Einheit zurück. Aber unabhängig von den Ursachen ist erkennbar: Die hohe Staatsverschuldung schnürt die Handlungsfähigkeit des Staates immer weiter ein. Diese Staatsverschuldung hat zu einem besorgniserregenden Anstieg der Zinsbelastung geführt: Im nächsten Jahr muß der Bund mehr als 100 Milliarden DM an Zinsen zahlen, das ist jede 4. Steuermark. Diese Zinsbelastung zeigt: Es besteht dringender Handlungsbedarf zur Konsolidierung der Staatsfinanzen.

50 Prozent des Einkommens nimmt der Staat

Ein drittes strukturelles Problem ist die Rekordbelastung mit Steuern und Abgaben: Durch die Steuer- und Abgabenerhöhungen von insgesamt 116 Milliarden DM, die in den letzten Jahren beschlossen worden sind, steigt die gesamtwirtschaftliche Abgabenquote 1995 auf rund 45 Prozent. Nach unserer Auffassung ist damit die Grenze der Belastbarkeit endgültig überschritten. Wenn der Staat einem Durchschnittsverdiener fast 50 Prozent seines Einkommens über Steuern und Abgaben abnimmt, geht der Anreiz für Leistung, für Qualifikation und für berufliche Aufstieg verloren. Bei einer derartigen Abgabenbelastung ist der Marsch in die Schattenwirtschaft und in die Steuervermeidung vorprogrammiert - mit all seinen negativen Konsequenzen für die Finanzierung der Staatsaufgaben und für die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme. Deshalb muß jetzt ein Programm für Steuersenkungen auf den Weg gebracht werden. Selbstverständlich müssen dabei die haushaltswirtschaftlichen Rahmenbedingungen beachtet werden. Klar ist aber auch: Wir brauchen Steuersenkungen, um die Wachstumsdynamik in Deutschland zu stärken und die Massenarbeitslosigkeit zurückzuführen.

Schon diese drei von mir genannten strukturellen Verwerfungen zeigen: Auch nach Überwindung der konjunkturellen Talschle steht die deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik vor großen Herausforderungen. Sie muß jetzt die Rahmenbedingungen dafür setzen, daß unser Land auf einen stetigen Wachstumspfad geführt wird und daß es zu einem Beschäftigungsaufschwung auf breiter Front kommt. Nach Abschluß der Koalitionsverhandlungen in Bonn stellt sich die Frage: Hat die Bundespolitik dafür jetzt die notwendigen Weichenstellungen vorgenommen? Wenn man die kritischen Zeitungskommentare der letzten Tage betrachtet, sind hier erhebliche Zweifel angebracht. Zu vieles ist ausgeklammert worden, zu vieles blieb vage Absichtserklärung ohne konkretes Konzept. Deshalb nennt selbst die Frankfurter Allgemeine Zeitung diese Koalitionsvereinbarung ein "Konglomerat des Kleinmuts".

Ungeschminkte Bestandsaufnahme

Ich kann nur hoffen, daß die morgige Regierungserklärung mehr Gestaltungskraft beweist und mehr Klarheit schafft. Bürger, und Wirtschaft, Kapitalmärkte und Investoren, Länder und Gemeinden brauchen Klarheit über den künftigen Kurs. Die Wirtschafts- und Finanzpolitik muß endlich für glaubwürdige und verlässliche Rahmenbedingungen sorgen. Das kurzatmige Taktieren muß ein Ende haben. Wir brauchen eine Politik, die nicht stets nur den nächsten Wahltermin im Blick hat, sondern ihr Handeln an einer langfristigen Perspektive und an ordnungspolitisch klaren Grundsätzen orientiert. Deshalb will ich den Bundeskanzler auch von hier aus ermuntern, in seiner morgigen Regierungserklärung eine ungeschminkte Bestandsaufnahme vorzunehmen und notwendige Wahrheiten auszusprechen, auch wenn das unpopulär sein mag. Unser Land braucht klare Orientierung. Erforderlich ist ein überzeugendes Konzept zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und zur Sanierung der Staatsfinanzen.

Private Haushalte entlasten

Alle Prognosen bestätigen: Die Einführung des Solidaritätszuschlages ist eine große Belastung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Durch diesen steuerlichen Zugriff wird es Anfang 1995 zu

einem spürbaren Rückgang des Privaten Verbrauchs kommen. Diese Verschlechterung der Absatzerwartungen wird auch die Investitionsbereitschaft der Unternehmen nicht gerade befügeln.

Wir hatten nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen dafür plädiert, auf diesen Solidaritätszuschlag für alle zu verzichten. Nach der Koalitionsvereinbarung muß nun im Gegenteil damit gerechnet werden, daß dieser Steuerzuschlag auf unabsehbare Zeit erhoben wird. Daran ändert auch der Formelkompromiß nichts, nach dem die Ergänzungsabgabe jährlich überprüft werden soll. Wenn eine anhaltende Schwächung der Binnenkonjunktur vermieden werden soll, brauchen die privaten Haushalte so schnell wie möglich eine klare Entlastungsperspektive, das beste wäre, den Solidaritätszuschlag für kleine und mittlere Einkommen auszusetzen beziehungsweise so schnell wie möglich abzuschaffen. In jedem Fall aber muß die Steuerfreistellung des Existenzminimums für eine Senkung der Steuerbelastung genutzt werden. Da nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts spätestens ab Anfang 1996 eine verfassungskonforme Lösung sichergestellt sein muß, hat dieses Vorhaben in der Steuerpolitik absolute Priorität.

Das Existenzminimum steuerfrei stellen

Nun liegt das seit langem angekündigte Gutachten der Steuerkommission des Bundesfinanzministers vor. Deshalb gibt es für die Bundesregierung keine Ausrede mehr: Sie muß jetzt endlich ihr Konzept dafür auf den Tisch legen, wie die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt werden sollen. Ich habe bereits im August vor der Bundespressekonferenz unsere Eckwerte für die Steuerfreistellung des Existenzminimums klargestellt. An diesen Eckwerten hat sich bis heute nichts geändert.

Erstens: Ab Januar 1996 muß ein Existenzminimum von 13.000 DM für Ledige und 26.000 DM für Verheiratete steuerfrei gestellt werden.

Zweitens: Ein Steuerausfall von 40 bis 50 Milliarden DM, der entstehen würde, wenn diese Freistellung über den gesamten Steuertarif wirksam würde, ist angesichts der hohen Staatsverschuldung haushaltsmäßig nicht zu verkraften.

Drittens: Im Hinblick auf den Konsolidierungsbedarf muß die Steuerentlastung zunächst auf die kleinen und mittleren Einkommen konzentriert werden. Wenn dieser vom Bundesverfassungsgericht aufgezeigte Weg beschritten wird, können die Steuerausfälle auf eine finanzpolitisch und gesamtwirtschaftlich verkraftbare Größenordnung begrenzt werden.

Und viertens - auch das haben wir stets betont: Unser Ziel ist, die Steuer- und Abgabenbelastung insgesamt so schnell wie möglich schrittweise zurückzuführen.

Die Finanzpolitik darf die Steuerfreistellung des Existenzminimums nicht nur als fiskalische Belastung sehen. Sie ist viel mehr auch eine Chance, zu einer Reform des deutschen Steuerrechts zu kommen. Die Kompliziertheit und Unübersichtlichkeit unseres Steuersystems ist nicht länger hinnehmbar. Sie führt zu enormen gesamtwirtschaftlichen Kosten und zu großen Ungerechtigkeiten. Der Versuch, durch immer neue Sonderregelungen Einzelfallgerechtigkeit zu erreichen ist längst ins Gegenteil umgeschlagen: Unser Steuersystem wird immer ungerechter.

Entschlackung des Steuerrechts

Deshalb ist eine Strukturbereinigung überfällig. Die Länderfinanzminister haben umfangreiche Vorschläge zur Entschlackung des Steuerrechts vorgelegt. Auch die sogenannte Bareis-Kommission hat Anregungen für die notwendige Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlage gegeben. Ich bin dafür, alle diese Vorschläge vorurteilsfrei zu prüfen. Ich will aber gleich hinzufügen, woran sich aus unserer Sicht alle steuerpolitischen Vorhaben der nächsten Zeit messen lassen müssen: Erstens: Sie müssen wirtschaftspolitisch vernünftig sein.

Zweitens: Sie müssen fiskalisch verkraftbar sein - und zwar für alle staatlichen Ebenen.

Und drittens: Sie müssen sozial ausgewogen sein. Wenn sich die Bundesregierung bei ihren Vorschlägen an diesen Maßstäben orientiert, kann sie auf unsere Unterstützung rechnen. Eine Finanzpolitik, die die Konfrontation mit dem Bundesrat sucht, kann dagegen nicht im Interesse unseres Landes liegen.

Mitwirkung des Bundesrates

Ich will nur daran erinnern: Mit Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen werden in 14 von 16 Ländern Sozialdemokraten in der Regierung sein. Wir sind uns der gesamtstaatlichen Verantwortung, die sich daraus ergibt, sehr wohl bewußt. Deshalb werden wir die Möglichkeiten des Bundesrates für eine konstruktive Mitwirkung an der Gesetzgebung des Bundes nutzen. Ich stelle hier ausdrücklich fest: Wir sind gesprächsbereit. Das gilt für Gespräche mit der Bundesregierung. Das gilt aber auch für den Gedanken- und Meinungsaustausch mit der Wirtschaft. Wir haben vor der Bundestagswahl - ohne daß dies von uns an die große Glocke gehängt worden ist - einen intensiven Gesprächskontakt mit der Wirtschaft gehabt. Auch die zu teil etwas einseitigen Stellungnahmen einzelner Verbandsfunktionäre in der heißen Phase des Wahlkampfes werden für uns kein Hinderungsgrund sein, den konstruktiven Dialog mit der Wirtschaft fortzusetzen. Die Aufgaben, die sich uns allen gemeinsam stellen, sind zu wichtig, als daß der Gesprächsfaden abreißen dürfte. Unser Ziel ist die Stärkung von Wachstum und Beschäftigung. Deshalb wollen wir auch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen und Mittelstand. Ich muß aber feststellen: Das, was die Koalitionsvereinbarung zum Thema Unternehmensteuerreform enthält, ist unbefriedigend.

Gewerbesteuerreform mit Bedingungen

Wir haben bereits in unserem Wahlprogramm festgestellt. Wir halten eine Gewerbesteuerreform für erforderlich, um die Investitionskraft der Unternehmen zu stärken und die Einnahmestruktur der Kommunen zu verbessern. Aus meiner Sicht muß eine Reform der Gewerbesteuer aber drei Bedingungen erfüllen:

Erstens: Das Interesse der Gemeinden an der Ansiedlung von Betrieben muß erhalten bleiben.

Zweitens: Die Gemeinden müssen ein Hebesatzrecht behalten, um die in Artikel 28 des Grundgesetzes verankerte kommunale Selbstverwaltung zu gewährleisten.

Drittens: Die finanzielle Ausstattung der Gemeinden muß auch nach einer Gemeindefinanzreform gesichert bleiben. Bisher ist unklar, wie die Bundesregierung diesen Anforderungen gerecht werden will. Eines ist für mich aber unabdingbar: Eine Gewerbesteuerreform kann nur im Einvernehmen mit der Wirtschaft und mit den Städten und Gemeinden verwirklicht werden.

Aus wirtschaftspolitischer Sicht muß auch folgendes festgehalten werden: Eine Mehrwertsteuererhöhung zum Ausgleich einer Gewerbesteuererhöhung verstößt gegen die Interessen der großen Mehrheit der Unternehmen. Ich will das begründen: Wir haben beim letzten Standortsicherungsgesetz dafür gesorgt, daß die Freibeträge bei der Gewerbesteuer verbessert werden. Die Statistik weist aus, daß die Mehrheit der Unternehmen von der Gewerbesteuer freigestellt ist. Deshalb hätte diese Mehrheit der kleinen und mittleren Unternehmen auch von einer Abschaffung der Gewerbesteuer nichts. Von dieser Abschaffung würden vor allem große exportstarke Industrieunternehmen profitieren, die an der Grenze von der Umsatzsteuer entlastet werden.

Keine Mehrwertsteuererhöhung

Dagegen würde eine Kompensation über eine Mehrwertsteuererhöhung vor allem die kleinen und mittleren Einkommen treffen: Angesichts des hohen Wettbewerbsdrucks hätten sie große Probleme, eine Mehrwertsteuererhöhung über den Preis weiterzugeben. Die Folge wäre eine Gewinnkompression und eine weitere Zunahme der Unternehmenskonzentration, das kann nicht im Interesse des Standorts Deutschland liegen. Eine Mehrwertsteuererhöhung würde auch den Marsch in die Schattenwirtschaft weiter beschleunigen. Deshalb warnt das deutsche Handwerk zu recht davor, weiter an der Mehrwertsteuerschraube zu drehen.

Keine Verschlechterung der Abschreibungsmöglichkeiten

Wir zu hören ist, dankt die Bundesregierung auch daran, zum Ausgleich einer Unternehmensteuersenkung die Abschreibungsmöglichkeiten zu verschlechtern. Auch vor diesem Plan kann ich aus gesamtwirtschaftlichen Gründen nur warnen:

Die günstigen Abschreibungsmöglichkeiten sind einer der großen Standortvorteile unseres Landes. Günstige Abschreibungsbedingungen knüpfen unmittelbar am Investitionsvorgang an und sind damit eine der wirksamsten Instrumente zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung. Deshalb war es schon beim letzten Standortsicherungsgesetz abwegig, daß die Bundesregierung die degressive Abschreibung für gewerbliche Wirtschaftsgüter einschränken wollte. Dieser Plan stieß auch in der Wirtschaft auf große Ablehnung. Wir haben diese Verschlechterung der Investitionsbedingungen im letzten Jahr im Vermittlungsausschuß abwenden können. Unser Land hat einen anormen Investitionsbedarf: Der Standort Deutschland muß modernisiert werden. Millionen neuer und wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze müssen geschaffen werden. Deshalb sollte die Bundesregierung alles unterlassen, was die Investitionstätigkeit der Unternehmen belasten würde.

Den Mittelstand fördern

Wir mahnen auch eine umfassende Mittelstandsoffensive an: Die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen und für Existenzgründer müssen verbessert werden. Wir haben dazu einen ganzen Katalog notwendiger Verbesserungen vorgelegt. Wenn wir im internationalen Wettbewerb bestehen wollen, muß der Standort Deutschland modernisiert werden. Innovation, technischer Fortschritt und Qualifikation sind der Schlüssel dazu. Deshalb müssen Forschung und Entwicklung, Bildung und Wissenschaft nachhaltig gestärkt werden. Die Zusammenfassung von zwei Ministerien zu einem sogenannten Zukunftsministerium reicht nicht aus, um unser Land auf die Zukunft vorzubereiten.

Ökologische Steuerreform

Unser Abgabensystem leidet an einem gewaltigen Strukturfehler: Der Produktionsfaktor Arbeit wird immer stärker verteuert, obwohl das die Überwindung der Arbeitslosigkeit erschwert. Auf der anderen Seite haben wir bei der Beanspruchung von Umweltgütern keine Preise, die der tatsächlichen Knappheit des Faktors Umwelt gerecht werden. Ordnungspolitisch, ökonomisch und ökologisch ist dieser Strukturfehler nicht länger vertretbar. Deshalb brauchen wir eine Reform des Abgabensystems, das heißt: Wir brauchen eine Reform der Kosten der Arbeit, die mit einer ökologischen Steuerreform verknüpft wird. Was heißt das konkret? Der Faktor Arbeit muß über eine Senkung der Lohnnebenkosten entlastet werden. Dazu müssen die sachfremden Leistungen, die im Zuge der deutschen Vereinigung einseitig den Beitragszahlern aufgebürdet worden sind, aus der Sozialversicherung herausgenommen und auf eine breitere Finanzierungsbasis gestellt werden. dadurch wird eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge möglich, die alle Unternehmen und alle Arbeitnehmer entlastet. Diese Senkung der Lohnnebenkosten käme vor allem den kleinen und mittleren Unternehmen zugute.

Das heißt: Diese Entlastung über eine Reform der Kosten der Arbeit wäre für die große Mehrheit der deutschen Unternehmen viel wirksamer als der von der Koalition angekündigte Abbau der Gewerbesteuer. Diese Strukturreform wäre auch ein Beitrag, um das Beschäftigungsproblem in den Griff zu bekommen. Der Sachverständigenrat hatte in seinem Gutachten von 1992 vorgeschlagen, die gesamtgesellschaftlichen, systemfremden Aufgaben der Sozialversicherung durch eine Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer zu finanzieren. Angesichts der unerträglich gestiegenen Belastung mit direkten Steuern habe ich gegen diesen Weg erhebliche Bedenken.

Ich plädiere stattdessen dafür, die Senkung der Lohnnebenkosten durch eine ökologische Weiterentwicklung unseres Steuersystems zu finanzieren. Durch entsprechende Ausgestaltung einer ökologischen Steuerreform kann die Finanzierung der Aufgaben, die bisher systemwidrig von der Sozialversicherung getragen werden mußten, auch dauerhaft gesichert werden. Die dynamischen Kräfte des Marktes müssen für den Umweltschutz nutzbar gemacht werden.

Es ist ein großes Mißverständnis, wenn immer wieder behauptet wird, Umweltschutz treibe die Kosten hoch und belaste den Standort Deutschland. Tatsache ist: Gesamtwirtschaftlich gesehen verursacht marktwirtschaftlicher Umweltschutz keine Kosten. Er deckt vielmehr nur die Kosten auf, die ohnehin schon vorhanden sind und auch gezahlt werden. Er entlastet die, die jetzt unverschuldet für Umweltschäden haften müssen - ob über höhere Steuern, höhere Sozialversicherungsbeiträge oder über Gesundheitsschäden - und er belastet diejenigen, die diese Umweltschäden verursachen. Knappheitsgerechte Preise für Umweltgüter schaffen marktwirtschaftliche Anreize für die Entwicklung energiesparender und umweltverträglicher Produkte und Produktionsverfahren. Das stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland. Ich freue mich, daß die Unterstützung für diesen Reformansatz in Wirtschaft und Wissenschaft immer größer wird. Wenn für mehr Beschäftigung gesorgt, der Sozialstaat bezahlbar bleiben und die Umwelt besser geschützt werden soll, muß diese Strukturreform aber auch endlich in Angriff genommen werden.

Konsolidierung der Staatsfinanzen

Die wichtigste Aufgabe der Politik ist es, berechenbare und verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Dabei muß die Finanzpolitik vor allem für eine glaubwürdige Konsolidierungsperspektive sorgen. Es ist eine Illusion zu glauben, eine besser laufende Konjunktur allein reicht aus, um die Staatsfinanzen wieder in den Griff zu bekommen. Ein Abbau des strukturellen Defizits ist nur zu erreichen, wenn ein strikter Konsolidierungskurs verfolgt wird. Strengste Ausgabendisziplin ist das Gebot der Stunde. Alle staatlichen Leistungen müssen einer gründlichen Überprüfung unterzogen werden. Die öffentliche Verschwendung muß beendet, die Staatsbürokratie muß abgebaut werden. Durch strikte Sparsamkeit muß Raum geschaffen werden für die Rückführung der Staatsquote und für eine schrittweise Senkung der Steuerbelastung. Es ist bedauerlich, daß die Verkleinerung des Bonner Regierungsapparates in den Anfängen stecken geblieben ist. Die Zahl der parlamentarischen Staatssekretäre ist sogar noch weiter aufgebäht worden. Ein Durchbruch zum sogenannten "schlanken Staat" war diese Regierungsbildung jedenfalls nicht.

Keine Befristung der Arbeitslosenhilfe

Zu einer glaubwürdigen Konsolidierungspolitik gehört, daß die Bundesregierung auf die geplante Befristung der Arbeitslosenhilfe verzichtet. Denn diese Maßnahme ist keine echte Einsparung. Sie würde nur dazu führen, daß zum 1. April 95 etwa 300.000 Menschen in die Sozialhilfe abrutschen würden. Deshalb handelt es sich bei der Befristung der Arbeitslosenhilfe nur um einen finanzpolitischen Verschiebepbahnhof zu Lasten der Städte und Gemeinden. Die Bundesregierung ist schon zweimal mit diesem Versuch am Bundesrat gescheitert. Der Bundeskanzler sollte die morgige Regierungserklärung dazu nutzen, diesen Plan endgültig aufzugeben. Das wäre zu Beginn der neuen Legislaturperiode ein Zeichen dafür, daß die Bundesregierung in den nächsten Jahren zu einer besseren Zusammenarbeit mit den Ländern bereit ist.

In der Tat: Unser Land braucht mehr Kooperation statt Konfrontation: Bund und Länder, Arbeitgeber und Gewerkschaften, Wirtschaft und Politik, wir alle sind aufgerufen, gemeinsam zu handeln, um die vor uns liegenden Herausforderungen zu bestehen. Die Tarifpartner haben bereits mit einer beschäftigungsorientierten Lohnpolitik bewiesen, daß vernünftige Lösungen möglich sind, die allen zugute kommen. Die Politik sollte sich daran ein Beispiel nehmen. Der Konsens der großen gesellschaftlichen Kräfte war bisher die Grundlage für die politische und ökonomische Stabilität Deutschlands. Wenn dieser gesellschaftliche Konsens bewahrt wird, dann kann unser Land zu recht - wie es Ihr Leitmotiv sagt - "mit Selbstbewußtsein in die Zukunft" blicken.

(-/23. November 1994/ru/ks)
